
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16 /2 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.2.53552

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HEINZ DUCHHARDT

DIE GLORIOUS REVOLUTION UND DAS INTERNATIONALE SYSTEM*

Der Ansatz, die Glorious Revolution als Ereignis und Resultante auch der internationalen Politik zu würdigen und zu interpretieren, stand, auch wenn nahezu alle Gesamtdarstellungen beiläufig auf ihren mächtepolitischen Kontext eingehen¹, sicher nicht im Mittelpunkt der jüngeren Forschung, wie ja überhaupt die »international relations« im geschichtswissenschaftlichen Gesamtspektrum der vergangenen Jahrzehnte einen relativ schweren Stand hatten. Ich will die Einbindung der Glorious Revolution in das internationale System der Epoche Ludwigs XIV. in drei Schritten zu erhellen und meine Thesen zu erhärten suchen, daß

1. England erst mit der Zäsur 1688/89 zu einem wirklichen Faktor der europäischen Politik wurde und insofern der Glorious Revolution auch für die Neustrukturierung der Staatenbeziehungen eine Weichenstellungsfunktion zukommt;
2. die Option Englands für Wilhelm von Oranien seine Außenpolitik strukturell dauerhaft, für wenigstens zwei Generationen auf ein bestimmtes Bündnissystem festlegte;
3. diese Option für ein politisches Prinzip auch zur Geburtsstunde der großen mächtepolitischen »Ideologie« geworden ist, die das ganze 18. Jahrhundert beherrschte².

I.

Eine Ortsbestimmung der Glorious Revolution in der Geschichte der international relations vorzunehmen, das heißt zunächst einmal, die Außenpolitik Jakobs II. in ihren Strukturen und Defiziten ins Auge zu fassen. Dabei ist es ganz offensichtlich, daß der Monarch weder Interesse noch einen Sensus für die Mechanismen der internationalen Politik hatte, so daß sogar die rhetorische Frage gestellt worden ist, ob der Stuart denn überhaupt eine Außenpolitik hatte³. England war in einem Maß

* Geringfügig erweiterter und um die Belege ergänzter Text eines Vortrags auf dem Regensburger Glorious-Revolution-Kolloquium im Dezember 1988.

1 Ich verweise hier nur beispielshalber auf Kurt KLUXEN, *Geschichte Englands*, Stuttgart 1976², S. 365–371, oder auf Peter WENDE, *Geschichte Englands*, Stuttgart 1985, S. 171–175.

2 Ausgeblendet bleiben muß vor allem die Reaktion der europäischen Staatenwelt auf die Revolution von 1688/89, die für manche ihrer Glieder höchst problematisch war, ging es doch immerhin u. a. um die Kenntnisnahme und ggf. Anerkennung der Absetzung eines Monarchen von Gottes Gnaden – gleichgültig, ob man das Wesen des Glorious Settlement nun als eher restaurativ oder revolutionär einstufte.

3 G. C. GIBBS, *The Revolution in Foreign Policy*, in: Geoffrey HOLMES (Hg.), *Britain after the Glorious Revolution 1689–1714*, London/Basingstoke 1969, S. 59–79, hier S. 60.

mit sich selbst und seiner inneren Entwicklung beschäftigt wie sonst kaum ein europäischer Staat. Es war kein Zufall, daß sich London bis 1688 allen – freilich eher halbherzigen – Bemühungen sowohl Ludwigs XIV. wie Wilhelms von Oranien verschloß, den Inselstaat zum Bundesgenossen zu gewinnen, kein Zufall, daß England trotz des beachtlichen militärischen Potentials bei allen politischen Planungen der beiden großen Gegenspieler als eine vernachlässigbare Größe eingestuft wurde, kein Zufall auch, daß die diplomatische Präsenz und Effizienz Londons auf dem Kontinent eklatant unterentwickelt war⁴ und auch in der öffentlichen Meinung kaum Interesse am europäischen Kräftespiel vorhanden war. Europäische Politik blieb auch dann für Jakob ein Fremdwort, als an einer Intervention Wilhelms von Oranien nicht mehr zu zweifeln war, weil er befürchten mußte, daß irgendeine außenpolitische Aktivität die nachteiligsten Auswirkungen auf seine Innen- und vor allem seine Parlamentspolitik haben mußte. Die Selbstisolierung Englands war ein Faktum, das auch durch einen bestehenden Allianzvertrag mit den Niederlanden nicht relativiert wird, zumal sich die Beziehungen zum Haag wegen kolonialer und merkantiler Streitfragen, wegen der jenseits des Kanals Asyl suchenden Monmouth-Rebellen und der von ihnen ausgehenden subversiven Propaganda und wegen der unter niederländischer Souveränität auf dem Kontinent stationierten Regimenter⁵ ständig verschlechterten; insofern war es auch keine Überraschung, daß Jakob II. mit einem (unehrlichen) Annäherungsversuch an die Generalstaaten im Oktober 1688⁶ keinerlei Resonanz fand. Diese Unfähigkeit, in Kategorien der europäischen Politik zu denken und zu handeln, rächte sich bitter, als die involvierten Mächte einen in letzter Minute unternommenen Versuch Jakobs, die europäische Krise von 1688 durch seine Vermittlung zu entschärfen und den drohenden Ausbruch eines neuerlichen Krieges zu verhindern, überhaupt nicht ernstnahmen. England war für die kontinentalen Mächte keine Größe, mit der sich rechnen ließ und die berechenbar war – und das bestimmte ihr Verhalten dem Stuart-König gegenüber: Selbst Ludwig XIV., der England seit der Stuart-Restauration niemals als wirklich bedeutenden Faktor in seiner Außenpolitik gewichtet hatte⁷, ließ im Frühjahr 1688 die Bemühungen wieder im Sand verlaufen, für den Fall des Ausbruchs eines Nordischen Krieges England wenigstens für die Unterstützung Dänemarks zu gewinnen. Die Bundesgenossenschaft Englands war viel zu wenig gefragt, als daß Ludwig XIV. etwa auch seine militärischen Pläne im Frühherbst 1688 noch kurzfristig geändert hätte, um das Englandunternehmen des Oraniers direkt oder indirekt in letzter Minute zu verhindern. Es war – aus der Sicht Jakobs II. – einfach fatal, daß er außenpolitisch viel zu isoliert war, um auf diplomatischem Weg der drohenden Invasion, von der er sehr wohl Kenntnis hatte, irgend etwas entgegenzusetzen.

Die für die Restaurationsepoche insgesamt typische außenpolitische Abstinenz

4 Vereinzelte diplomatische Erfolge wie z. B. die Vermittlung des spanisch-portugiesischen Friedens von 1668 widersprechen dieser generellen Aussage nicht.

5 Es ging hier v. a. um das Offiziersbestellungsrecht und die von Jakob II. versuchte Durchsetzung dieser Regimenter mit Katholiken; vgl. J. R. JONES, *The Revolution of 1688 in England*, London 1984, S. 181.

6 Ibid. S. 262.

7 Vgl. J. R. JONES, *Britain and Europe in the Seventeenth Century*, London 1966, S. 71; zur Politik Ludwigs XIV. gegenüber Jakob II. in den Jahren vor 1688 und im Krisenjahr selbst vgl. auch Geoffrey SYMCOX, *Louis XIV and the Outbreak of the Nine Years War*, in: R. HATTON (Hg.), *Louis XIV and Europe*, London/Basingstoke 1976, S. 179–212, hier S. 190f.

Englands, die durch die herben Enttäuschungen bei den Nimwegener Friedensverhandlungen eher noch verstärkt worden war⁸, mußte – neben allen anderen Motiven – für einen Vollblutpolitiker wie Wilhelm von Oranien eine besondere Herausforderung darstellen, England in jene antiludovizianische Koalition einzufügen, um deren Zustandekommen er sich 1688 mit Macht bemühte. Bei seinen Verhandlungen mit den potentiellen Allianzpartnern – Spanien, dem Kaiser – spielte denn auch die Englandfrage eine gewichtige Rolle, wobei u. a. die Befürchtungen der katholischen Fürsten ausgeräumt werden mußten, eine Intervention auf der Insel mit dem Ziel, das Regime Jakobs II. zu stürzen, könne Nachteile für die englischen Katholiken mit sich bringen⁹. Auch wenn die verschiedenen englischen Kräfte vor allem deswegen auf Wilhelm setzten, weil sie von ihm Unterstützung bei ihren je unterschiedlichen innenpolitischen Zielsetzungen erhofften¹⁰: Für den Oranier war das Englandunternehmen ein primär außen- und mächtropolitische Vorgang, um die Lücke im Ring um Frankreich zu schließen. Die englischen Freiheiten waren für ihn letztlich zweit- oder gar nur drittrangig, er riskierte den Coup, um die Chancen zu verbessern, Frankreich endlich einmal die Flügel zu stutzen. J. R. Jones hat es wohl richtig gesehen, wenn er meinte, »that for William England was always a means, not an end in itself: The ultimate purpose was the containment of France, the reduction of the power which enabled Louis to dominate his neighbours«¹¹. Wilhelm wollte die englischen Machtmittel zu seiner ausschließlichen Verfügung haben, insofern steuerte er zwar bewußt und gezielt auf den Königstitel hin, weil er glaubte, nur mit ihm dieses Verfügungsrecht wirklich in seine Hand zu bekommen, aber die Formen seiner Bestellung zum Monarchen waren ihm bezeichnenderweise absolut gleichgültig¹². Ob die überlieferte Äußerung Wilhelms quellenkritisch Bestand hat, er habe seine Regierung von dem Tag an gezählt, als das Parlament ihm seine Unterstützung im Krieg gegen Frankreich signalisierte¹³, mag dahingestellt bleiben, auf jeden Fall spiegelt sie Stimmung, Mentalität und Intention des Oraniers in den ersten Monaten seines Englandaufenthaltes vorzüglich wider.

Daß der Oranier England unter übergeordneten außenpolitischen Aspekten sah, in diesem Kontext England freilich zugleich eine Schlüsselrolle zubilligte, das beweist seine Politik seit Beginn der 1680er Jahre zur Genüge. Wilhelms geradezu leidenschaftlich verfolgtes Ziel war die Bildung einer konfessionsübergreifenden Koalition gegen die französische Suprematie, deren Glieder im einzelnen von der Bedrohlichkeit und Unannehmbarkeit der ludovizianischen Politik überzeugt werden mußten. Zum Teil war das sehr schwierig, weil beispielsweise die Interessen sich geographisch verlagert hatten (Kaiser seit 1683), weil eine natürliche Trägheit und

8 Vgl. Heinz DUCHHARDT, Arbitration, Mediation oder bons offices? Die englische Friedensvermittlung in Nijmegen 1676–1679, in: H. D., Studien zur Friedensvermittlung in der Frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, S. 23–88.

9 Wie sehr die Katholizität der Dynastie nach Kriegsbeginn dann das Denken und Handeln Ludwigs XIV. prägte, veranschaulicht M. A. THOMSON, Louis XIV and William III, 1689–97, in: William III and Louis XIV. Essays by and for Mark A. Thomson. Ed. by Ragnhild HATTON and J. S. BROMLEY. Liverpool 1968, S. 24–48.

10 Hans Christoph SCHRÖDER, Die Revolutionen Englands im 17. Jahrhundert, Frankfurt 1986, S. 223f.

11 JONES, Revolution (wie Anm. 5) S. 190.

12 Ibid. S. 280.

13 GIBBS, Revolution (wie Anm. 3) S. 60.

Wirtschaftsinteressen einer Umkehr der Außenpolitik in eine antifranzösische Richtung im Wege standen (Niederlande), weil gerade den katholischen und alten Dynastien gegenüber ein doppeltes Spiel vonnöten war, um ihnen den Argwohn zu nehmen, England und die Glorious Revolution seien nur die erste Stufe eines viel weiterreichenden Kampfes gegen die katholische Kirche und das Prinzip der dynastischen Legitimität. Daß diese Koalition am Ende zustandekam, hing mit verschiedenen Faktoren, beispielsweise in den Generalstaaten mit einer wegen der Aufhebung des Edikts von Nantes und wirtschaftspolitischen Repressalien Frankreichs wachsenden frankophoben Stimmung, aber auch mit Zufällen wie dem Herrscherwechsel in Brandenburg oder dem fehlenden Engagement des Papstes zugunsten Ludwigs XIV. zusammen. Interessant ist im übrigen, daß den endgültigen Stimmungsumschwung in den Niederlanden – neben einem neuerlichen von Ludwig XIV. ohne Not vom Zaun gebrochenen Tarifkonflikt¹⁴ – ein Memorandum Ludwigs XIV. bewirkte, in dem (fälschlich) von einem französisch-englischen Bündnis gesprochen wurde¹⁵, was in den Generalstaaten sofort Assoziationen an das fatale Zusammenspiel von London und Paris in der Anfangsphase des Holländischen Krieges wachwerden ließ und dazu führte, daß sich die Nation fast geschlossen mit Wilhelms Englandunternehmen solidarisierte, das insofern als ein durchaus defensiver Akt angesehen wurde. Mit vielen Risiken behaftet war das Unternehmen nichtsdestoweniger; Wilhelm entschloß sich erst zu einem Zeitpunkt zur Intervention, als er einigermaßen sicher sein konnte, daß Frankreich zu Land und zu Wasser seine Abwesenheit aus den Niederlanden nicht würde ausnützen können, also wohl erst im Spätsommer 1688¹⁶. Ein Scheitern des Unternehmens konnte trotzdem nicht ausgeschlossen werden, und es war dem Oranier jederzeit klar, daß damit auch seine gesamte Europapolitik kollabiert wäre. Mit England stand und fiel die Politik der Reduktion Frankreichs auf den Status einer »normalen« Großmacht.

Mit der im *Glorious Settlement* festgeschriebenen Personalunion England–Niederlande und der sich daraus notwendig ergebenden Einbindung Englands in die sich formierende Große Allianz (wobei der Beitritt dem englischen System entsprechend vom König allein und nicht seinen englischen Ministern vollzogen und auch das Parlament nicht offiziell eingeschaltet wurde¹⁷) trat die Insel – bisher, wie zu zeigen war, in der Selbstisolierung gefangen – endgültig aus dem mächtepolitischen Schlag Schatten Kontinentaleuropas heraus und wurde in der Person Wilhelms III. zur eigentlichen Seele jenes politischen Systems, das in der Eindämmung der französischen Expansion sein erstes Ziel sah, später aber auch andere »Universalmonarchie«-Projekte bekämpfte und zu Fall brachte. England fand den Weg ins internationale System, von dem es sich seit Jahrzehnten selbst ausgeschlossen hatte, erst durch den Übergang der Krone auf Oranien und seine Stuart-Gemahlin, anders formuliert also durch eine dynastische Verklammerung mit dem Kontinent. Nicht nur, aber auch deswegen, weil diese dynastische Verklammerung sich nach Wilhelms III. Tod in der Person Königin Annas und dann vor allem der Hannoveraner perpetuierte, wuchs Großbritannien mit großer Schnelligkeit in die Position einer das europäische

14 Vgl. SYMCOX (wie Anm. 7) S. 191.

15 JONES, *Revolution* (wie Anm. 5) S. 274.

16 Vgl. auch *ibid.* S. 242.

17 Vgl. GIBBS, *Revolution* (wie Anm. 3) S. 67ff.

System nun geradezu dirigierenden Macht hinein. Dies bedingte natürlich, daß das bisherige diplomatische Netzwerk, das eigentlich eher aus Löchern als einem stabilen Geflecht bestanden hatte, gründlich verbessert wurde – nicht ohne Erfolg: Nicht zufällig setzt sowohl Horns Untersuchung über den britischen diplomatischen Dienst ebenso mit dem Jahre 1689 ein¹⁸ wie die wichtige, leider ein Torso gebliebene Quellenedition der »British Diplomatic Instructions«¹⁹.

II.

Mit der Entscheidung für Wilhelm von Oranien hatte die englische Elite zugleich eine Entscheidung von außenpolitischer Grundsätzlichkeit getroffen: die Option für das antiludovizianische Lager, das der rastlose Oranier als seine Lebensaufgabe ansah, dessen Zustandekommen für den Statthalter wesentlich vom Beitritt des Inselstaates abhing und das sich nach der Glorious Revolution unter dem Namen der Großen Allianz dann auch rasch formierte. Der Bruch in der englischen Außenpolitik war gewaltig, und man hat nicht zu Unrecht von einer außenpolitischen Revolution gesprochen, die hinter der innenpolitisch-verfassungsrechtlichen nicht zurückstehe²⁰: Unter den beiden letzten Stuarts war – in der Kategorie der *longue durée* zugegebenermaßen allerdings eher atypisch für die englische Außenpolitik – die Anlehnung an das ludovizianische Frankreich das zumindest latente Ziel der englischen Politik²¹, auch wenn phasenweise Neutralität gefordert war, jetzt führte die Anti-Stuart-Politik von Whigs und Tories den Inselstaat ins andere Lager, in dem nun der habsburgische Kaiser, Spanien und Savoyen seine politischen Partner wurden. Der Orléanssche Krieg war insofern nicht nur ein entscheidender Test für die neue innenpolitische Ordnung, sondern auch die erste Bewährungsprobe für Englands neue Rolle als Führungsmacht des europäischen Antiludovizianismus, in die es durch Wilhelm III. und die Glorious Revolution gewissermaßen von heute auf morgen hineinwachsen mußte²². Die Gegensätze zum absolutistischen Frankreich mit seinem völlig anderen politischen und sozialen System, das zur – England ganz unmittelbar berührenden – Politik der Verfolgung der hugenottischen Minderheit zurückgekehrt war und das auf den Meeren und in Übersee zu einem immer gewichtigeren Konkurrenten wurde, verschafften dieser außenpolitischen Wende auf der Insel eine beachtliche Popularität, die sich im 18. Jahrhundert eher noch verstärkte. Ein neues Buch von Jeremy Black versucht diesen mentalitätsgeschichtlichen Prozeß im England des 18. Jahrhunderts mit der Formel »natural and necessary enemies« auf den Punkt zu bringen²³.

18 D. B. HORN, *The British Diplomatic Service 1689–1789*, Oxford 1961. Horn begründet das Eckdatum 1689 wie folgt: »In the years following immediately upon the Revolution of 1688 the sovereign was sufficiently powerful to give a reasonable measure of coherence and unified direction to our foreign policy« (2).

19 *British Diplomatic Instructions, 1689–1789*, 7 Bde., London 1922–1934.

20 GIBBS, *Revolution* (wie Anm. 3) S. 59.

21 Zur historiographischen Diskussion darüber vgl. JONES, *Britain and Europe* (wie Anm. 7) S. 75 f.

22 Vgl. auch *ibid.* S. 85 ff.

23 Jeremy BLACK, *Natural and Necessary Enemies. Anglo-French Relations in the Eighteenth Century*, Athens 1987.

Die Frankophobie in England, die Wilhelm III. zwar zeitweise teilte, als er geradezu den heiligen Krieg gegen Frankreich predigte, von der er aber später auch wieder abrückte, weil es ihm als Gleichgewichtspolitiker lediglich um die rationale Eindämmung der Supermachtpolitik des *Roi-Soleil* ging, aber nicht um nationale Aggressionen, reichte freilich nicht so weit, ein begrenztes Zusammengehen mit Frankreich a limine auszuschließen. Hatte das Prinzip des Kräftegleichgewichts es England schon 1710/11 ermöglicht, mitten im Krieg die Große Allianz mit der Hofburg praktisch aufzukündigen, weil eine Gefährdung der Balance nun von Wien auszugehen drohte, so erwuchs aus dem Wunsch und dem Bedürfnis, die Utrechter Friedensordnung intakt zu halten (und aus der Leitlinie, die Sicherheit der Dynastie vor dem Hintergrund des immer noch virulenten Jakobitismus zu gewährleisten), seit 1716/18 eine über ein Jahrzehnt währende enge Kooperation mit Paris, die in der Tat Europa eine relativ lange Friedensperiode bescherte²⁴. Unumstritten war dieses Zusammengehen mit Frankreich aber in England keineswegs und niemals, weitaus populärer war die Wiederaufnahme der Großen Allianz, d. h. des Bündnisses mit der Wiener Hofburg, zu dem Walpole 1731 dann auch zurückkehrte²⁵.

III.

Die von dem Glorious Settlement zu datierende Intensivierung des diplomatischen Dienstes einschließlich der Schaffung einer bürokratischen Infrastruktur, die Englands Wandel von einem uninteressierten Outsider zur europäischen Gestaltungsmacht sinnfällig widerspiegelt, lief parallel mit der Ausbildung einer politischen Ideologie, die zu Hause und auf dem Kontinent Englands neue Schlüsselrolle im europäischen System begründen und legitimieren sollte. Das explizite Denken und Handeln Wilhelms III. in der Kategorie »Europa«, dessen Freiheit und Vielfalt erhalten bleiben müsse, beeindruckte die englischen und kontinentalen Intellektuellen nachhaltig und wurde nun rasch zu einem Gemeingut der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Es ist überaus symptomatisch, daß seit dem Glorious Settlement das Interesse der englischen Publizistik an den Fragen des europäischen Neben- und Miteinanders allgemein schlagartig zunimmt – William Penns »Essay towards the Present and Future Peace of Europe« mit dem zukunftssträchtigen Vorschlag eines zu errichtenden europäischen Reichstags für alle bilateralen Streitfragen mag hier stellvertretend genannt sein²⁶. Noch bezeichnender aber ist, wie rasch im Gefolge des Wiedereintritts Englands in das europäische System die englische Publizistik die Theorie vom Gleichgewicht der Kräfte entwickelte, um Englands kontinentalem Engagement eine ideologische Basis zu geben. An sich war das Denken in der Kategorie der Balance den englischen Intellektuellen seit langem vertraut; dieses Denken betraf das Weltbild allgemein – Newton interpretierte das gesamte Universum als ein gigantisches Gleichgewichtssystem –, betraf die englische Sozialverfassung, in der, so Harrington 1655, die Regierung eine Balance zwischen

24 Dazu u. a. Heinz DUCHHARDT, England–Hannover und der europäische Friede 1714–1748, in: A. M. BIRKE und K. KLUXEN, England und Hannover, England and Hanover, München usw. 1986.

25 Jeremy BLACK, British Foreign Policy in the Age of Walpole, Edinburgh 1985.

26 Nachdruck Hildesheim 1983.

Bodenbesitz und politischer Macht herstellen müsse, betraf die Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik mit ihren Postulaten der Balance von Ex- und Import, von Staatshaushalt und Steuerabschöpfung, und natürlich die gesamte Innenpolitik, als deren Signum und Qualitätsmerkmal im ausgehenden 17. Jahrhundert das Balancieren galt. Als Ausfluß und Krönung dieser hohen Schule des Politikers und der Politik wurde dann eben 1688 ff. der verfassungsrechtliche Ausgleich von Krone und Parlament im Glorious Settlement interpretiert, der gleichermaßen als konstitutiv und freiheitssichernd und damit als unverzichtbar galt.

Innenpolitisch gehörte die Gleichgewichtsmetapher zumindest in England im ausgehenden 17. Jahrhundert somit zu den Grundmaximen politischer Kultur und politischer Rationalität. Jetzt erlebte sie ihre entscheidende Ausweitung. Der Transfer der Balanceidee in die zwischenstaatlichen Beziehungen war aus der Sicht der international relations der eigentlich revolutionäre Vorgang im Gefolge der Glorious Revolution. Es ist vor kurzem zwar nachgewiesen worden, wie sehr die Kategorie des zwischenstaatlichen Gleichgewichts das englische politische Denken auch schon in den Jahren vor 1688 prägte und wie eine Ausnahmeerscheinung wie William Temple dies auch schon als Leitlinie der künftigen englischen Außenpolitik erkannte²⁷. Aber die hohe Zeit der literarisch-publizistischen Gleichgewichtsdiskussion begann doch erst nach 1688, als die englischen Pamphletisten ihrer Regierung nun auch ganz konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben suchten wie jener Anonymus, der 1693 England die Rolle zwies, zwischen Frankreich und dem habsburgischen Kaiser, zwischen denen machtmäßig eine Art »Equality« herrschen müsse, die Balance zu halten²⁸. Und es blieb eben nicht bei der bloßen publizistischen Diskussion, vielmehr wurde die Gleichgewichtsmetapher rasch zur Grundlage aller englischen Außenpolitik, die bezeichnenderweise alle politischen Kräfte gemeinsam trugen: Es war ein von den vermeintlich eher »insular« orientierten Tories dominiertes Parlament, das sich 1701 unter dem Schlagwort von der Erhaltung der Balance of Power zum Kriegseintritt entschloß, es waren Tory-Minister, die 1710 unter demselben Schlagwort die Große Allianz faktisch aufkündigten. Spätestens 1710 verstand sich England als diejenige Macht, die für die Herstellung und Bewahrung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa die Hauptverantwortung trug und tragen mußte²⁹; die sprunghafte Zunahme des Begriffs in der politischen Sprache, z.B. in den diplomatischen Korrespondenzen seit ca. 1707, läßt daran keinen Zweifel³⁰, und nichts verdeutlicht dies mehr als die Präambel der jährlichen Mutiny Acts, in der von 1727 bis 1867 ohne Unterbrechung die »preservation of the

27 M. SHEEHAN, The Development of British Theory and Practice of the Balance of Power before 1714, in: *History* 237 (1988) S. 24–37.

28 Ibid. S. 31.

29 Vgl. Martin WIGHT, The Balance of Power and International Order, in: *The Bases of International Order. Essays in Honour of C. A. W. Manning*, London/New York/Toronto 1973, S. 85–115, hier S. 98.

30 Eine Auswahl an Belegstellen: *British Diplomatic Instructions* 1 (Sweden), S. 34 (1707, ballance of power), S. 36 (1707, balance of power in Europe), S. 55 (1711, ballance of power in the north); später auch general welfare of Europe, general good of Europe, publick tranquillity of Europe; 2 (France), S. 45 (1713, to ballance), S. 52 (1713, Ballance); 4 (France), S. 187 (1726, balance of Europe), usw. Für das Ermitteln der Belegstellen danke ich Frau Silke Helling, Münster.

30a Vgl. WIGHT (wie Anm. 29) S. 98.

balance of power in Europe« als Ziel der britischen Militärpolitik fixiert wurde^{30a}. – Wie es bei politischen Schlagworten im übrigen meist geschieht, wurde auch der Balancebegriff dann rasch dogmatisiert und (fälschlich) in vergangene Epochen zurückprojiziert, um sein Gewicht als Handlungsmaxime für die Gegenwart zu verstärken; Charles Davenants Flugschriften aus der Zeit um 1700, insbesondere sein »Essay upon the Ballance of Power« mit dem Bemühen, die Kontinuität der Balanceidee als außenpolitischer Maxime Englands seit dem 15. Jahrhundert nachzuweisen³¹, mögen in diesem Zusammenhang genannt sein.

Aber damit nicht genug. Es blieb nämlich nicht dabei, daß das Gleichgewicht der Kräfte zu einem mehr oder weniger verbindlichen regulativen Ordnungsprinzip des europäischen Mächtespiels deklariert wurde, mit dem in der Publizistik³² und in politischen Memoranden argumentiert werden konnte. Vielmehr wurde die Balanceidee sehr rasch auch in das Völkerrecht eingeführt und damit in den Rang eines alle verpflichtenden Prinzips in den Staatenbeziehungen erhoben. Es war bezeichnenderweise England, das in seinem Kriegsmanifest von 1702 und in der Präambel des Utrechter Friedens von 1713 für die Aufnahme der Gleichgewichtsdoktrin in das Jus Publicum Europaeum sorgte³³, die dann als Formel, als politisch-völkerrechtliche Wirklichkeit und auch als Mythos die Staatenbeziehungen des ganzen Ancien Régime prägen sollte. Diese Aufwertung der Balanceidee zu einem Prinzip des Völkerrechts war eine Konsequenz auch aus der Erkenntnis, daß den Staaten Europas nach den vielen Kriegen eines besonders nottat: Sicherheit. Mit Wilhelm III. beginnt die große Epoche des Sekuritätsdenkens, des Suchens nach politischen Möglichkeiten – etwa Sicherheitszonen, Neutralisierungen von bestimmten Regionen, Barriersystemen – um sich vor militärischen Überraschungen Dritter zu schützen. Die Errichtung und Bewahrung einer Art kollektiven Sicherheitssystems mit gegenseitiger Bestandsgarantie wurde, wie es in den 1630er Jahren Richelieu vorgeschwebt hatte, in den Jahren nach Utrecht erstmals ernsthaft angepackt. Dieser Versuch blieb noch ohne dauerhaften Erfolg, und so mußten sich in der Folgezeit alle Bemühungen darauf konzentrieren, über die völkerrechtliche Formel vom Gleichgewicht der Kräfte und mit ihrer Hilfe Mechanismen zu schaffen, um zumindest einer schrankenlosen Selbstbereicherung europäischer Mächte einen Riegel vorzuschieben.

31 SHEEHAN (wie Anm. 27) S. 33; vgl. auch WIGHT (wie Anm. 29) S. 98.

32 Für die englische Publizistik vgl. z. B. die von GIBBS (wie Anm. 3) S. 62, zitierten Belege aus dem »Craftsman« der 1720er Jahre.

33 Vgl. Konrad REGEN, Der Westfälische Friede und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts. Jetzt in: K. R., Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte, Paderborn [usw.] 1988, S. 53–66, hier S. 55; Hinweis auf die Quellen von 1713 bei Heinz DUCHHARDT, Friedenswahrung im 18. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 240 (1985) S. 266, Anm. 4.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Le contexte des puissances politiques et les conséquences de la «Glorious Revolution» en matière d'histoire des Etats sont plutôt en marge de l'intérêt historiographique. L'article éclaire en trois étapes le rôle-clef que les événements de 1688/89 jouèrent dans l'histoire des Etats:

1) L'Angleterre ne redevient un élément important dans la politique européenne qu'à partir de ces événements; jusque là, et ce depuis la Restauration de 1660, elle avait été davantage préoccupée par ses propres affaires et, au sein du système international de l'époque de Louis XIV, elle était considérée comme quantité tout à fait négligeable. Pour la politique de Guillaume d'Orange, dirigée contre Louis XIV, l'Angleterre était de toute façon indispensable.

2) L'Angleterre prenait très rapidement de l'importance dans la Grande Alliance et y jouait le rôle de puissance leader dans l'opposition à Louis XIV. La décision de 1689 a marqué durablement la politique étrangère de l'Angleterre, sans exclure la possibilité d'un accord limité avec la France.

3) De la «Glorious Revolution» date également un intérêt croissant de l'Angleterre pour les questions de la coexistence et de la communauté des Etats européens et pour le problème de la justification idéologique du nouvel engagement continental qui s'exprimait de la façon la plus concise dans la formule de la «Balance of Power».